

4. 11. 1917

79

Der Magistrat zu den Verkehrseinschränkungen.

Gegen die Unzuträglichkeiten bei der Verkehrseinschränkung hat jetzt auch der Berliner Magistrat Stellung genommen, indem er im Einklang mit dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung an den Polizeipräsidenten von Berlin das dringende Ersuchen gerichtet hat, die Einschränkung der Straßenbahn-Fahrpläne den berechtigten Bedürfnissen des Nachtverkehrs anzupassen. Der Magistrat erklärt, daß die Erfahrungen bereits jetzt gezeigt haben, wie schwere Unzuträglichkeiten eine Regelung herbeiführen müsse, die sich einseitig von dem Wunsche nach einer übrigens recht geringfügigen Kohlenersparnis leiten lasse. Der Magistrat hat daher eindringlich gebeten, daß die seit kurzem in Kraft getretenen Änderungen eine Abminderung erführen.

Wie aus anderweitigen Mitteilungen hervorgeht, scheint die Leitung der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft ihre Einschränkungen ziemlich willkürlich angeordnet und durchgeführt zu haben, ohne die Bedingungen zu erfüllen, unter denen der Zweckverband seine Zustimmung zur Verkehrseinschränkung gab. Sie will sogar noch weiter gehen, wie aus folgenden, dem „B. L.“ gemachten Mitteilungen hervorgeht: Eine Abhilfe durch Einstellung von mehr Zügen in der letzten Halbstunde des Verkehrs oder durch Vergrößerung der Züge durch Anhängewagen sei wegen Mangels an Personal nicht durchführbar. Es werde sich sogar die Notwendigkeit ergeben, auch bei Tage noch eine Einschränkung des Verkehrs eintreten zu lassen, da nur 50 v. H. des geschulten Personals an Fahrern, Schaffner und sonstigen Angestellten zur Verfügung stehen. Das ungeschulte Personal, hauptsächlich die Schaffnerinnen, leide stark unter den Unbilden der Witterung, so daß die Krankenliste noch niemals so umfangreich war wie jetzt. Die Vorstellungen der Direktion beim Oberkommando und bei anderen Behörden um Freigabe der im Etappendienst beschäftigten Angestellten, haben nur wenig Erfolg gehabt.

Mit diesen weiteren Einschränkungen dürfte die Große Berliner Straßenbahn wohl bei den Aufsichtsbehörden kein Glück haben, die hoffentlich auch die schon jetzt bestehenden nochmals sorgfältig prüfen und auf ein erträgliches Maß zurückführen werden.